



Ausgabe 6/2009

22. September 2009

Bundestagswahl 2009

Green News

Das Online-Magazin der Gewerkschaft der Polizei in Bayern

Gedanken und Aufruf zur Wahl



Liebe Kolleginnen und Kollegen, nun ist es also wieder einmal soweit – der Bundestag ist neu zu wählen und Volkes Stimme dazu gefragt. In Anbetracht der Wirtschafts- und

Finanzkrise und den diversen vorgestellten Rezepten fällt die Wahl nicht leicht, so dass mancher sich einfach in die immer größer werdende Fraktion der Nichtwähler einreicht. Dies wäre aber die schlechteste Lösung – zum einen klinkt er sich aus der Demokratie aus, zum anderen stärkt jeder Nichtwähler auch die Radikalen. Deshalb ist es meiner Meinung nach für jeden Bürger, aber insbesondere für einen Beamten, geradezu eine Verpflichtung, sein Wahlrecht auszuüben. Insofern verweise ich auch auf die entsprechende Kampagne des DGB („Wählen gehen – Sozial statt Neoliberal“), unserer Spitzenorganisation. Für stabile demokratische Verhältnisse ist jede Stimme wichtig.

Viel schwieriger erscheint es, eine Wahlempfehlung abzugeben. Dies kann aber auch keine Aufgabe für eine Gewerkschaft sein, denn letztlich muss eine Gewerkschaft als Lobbyistenverband mit jedweder Regierung zusammenarbeiten, um ihre Ziele soweit als irgend möglich zu erreichen. Aber ein paar Gedanken zur derzeitigen Debatte vor dem Wahltag seien doch erlaubt: Da ist

zum einen die enorme Staatsverschuldung, die zukünftige Regierungen ihrer Handlungsmöglichkeiten beraubt. Mit zig Milliarden wurden die Banken und so manche marode Firma gerettet und dabei schlichtweg vergessen, dass jede Leistung auch eine Gegenleistung erfordert – oder wenigstens strenge Auflagen zu erfüllen sind. Dies ist leider nicht geschehen – und so erscheint mir eine Kompetenz der bisherigen Akteure der Großen Koalition in wirtschaftlichen Dingen zumindest fraglich. Anscheinend gilt immer noch viel zu sehr das Handlungsmuster statt aktiver Politik nur Erfüllungsgehilfe von Wirtschaftsverbänden und Großkapital zu sein. Jedenfalls ist zu beobachten, dass gerade die Finanzwelt nach dem Motto „business as usual“ schon wieder munter am Kapitalroulette dreht.

Ziemlich sicher dürften sich die großartigen Steuersenkungsversprechen von Schwarz/Gelb als Lügengebilde bzw. „Pille für das Volk“ erweisen, es sei denn, man will den Staat und seine Behörden vollends in die Handlungsunfähigkeit treiben. In Deutschland fehlt es immer mehr am Vollzug der mehr als ausreichend vorhandenen Gesetze – da können gerade wir als Polizisten/-innen ein Lied davon singen. Ob Banden- oder Wirtschaftskriminalität, Straftaten im Internet und Kontrolle des Schwerverkehrs – sehr oft agieren wir hier aus Gründen der Personalnot nur auf kleiner Flamme. Aber auch beim Steuervollzug gehen dem Staat mangels ausreichend Steuerfahndern jedes Jahr laut Schätzungen von Experten rund 150 Milliarden Euro durch die Lappen – Geld, dass wir gerade in Anbetracht der enormen Verschuldung Deutschlands dringend brauchen. Dazu kommen zweistellige Milliardenbeträge, die den Sozialversicherungen jedes Jahr infolge steigender Schattenwirtschaft und

illegaler Beschäftigung vorenthalten werden. In die Zange wird eine neue Regierung auch durch die Schuldenbremse im Grundgesetz genommen; wie sind Investitionen und Aktionen da noch zu finanzieren?

Zukunftsinvestitionen in Bildung und Umweltschutz sind gefordert, aber auch dazu benötigt der Staat erstmal entsprechende Einnahmen. Es ist sinnvoller, in die Zukunft und die Entwicklung neuer Technologien zu investieren, als industrielle Fossilien künstlich am Leben zu erhalten.

Natürlich sind die Heilsbringer der LINKEN mit ihren gigantischen Ausgabeplänen, die absolut nicht finanzierbar erscheinen, ebenso wie sonstige mehr oder weniger bekannte Parteien auch keine Lösung für die derzeit wahrhaft gigantischen Probleme. Also was wählen? Die Ratlosigkeit der Wähler ist auch bei Meinungsforschern sowie den Parteien selbst zu finden. Ist unser politisches System mit der Listenaufstellung im stillen Kämmerlein, Parteien- und Regionalproporz und letztlich dem Koalitionszwang wirklich noch zeitgemäß – gerade in Anbetracht der derzeitigen Lage? Dazu kommt, dass auch Europa immer mehr Politikfelder an sich zieht und auch im Interesse der Weltwirtschaft gemeinsame Sozial- und Umweltstandards auch aus Wettbewerbsgründen dringend notwendig sind.

Notwendige Veränderungen sind nur mit möglichst vielen Stimmen ausreichend legitimer Politiker möglich. Laut Grundgesetz entscheiden Politiker nach ihrem Gewissen – dies sollte zukünftig parteiübergreifend der Regelfall sein, dann gingen sicher auch wieder mehr Bürger zur Wahl. Darauf hoffe ich und gehe in jedem Fall zur Wahl. Deutschland braucht Zukunft, wir alle brauchen einen leistungsfähigen Staat, der seine Bürger

V.i.S.d.P.:

Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Bayern
Satz und Layout: Markus Wimmer
E-Mail: wimmer@gdpbayern.de
Telefon: 089/5783388-50
Telefax: 089/5783388-9050

Fortsetzung auf Seite 2



Gedanken zur Wahl (Fortsetzung)

schützt, die Grundlagen für gutes und sinnvolles Wirtschaften schafft und Deutschland im internationalen Wettbewerb an der Spitze hält. Dabei ist eine Trendumkehr notwendig – weg von der einseitigen Bevorzugung weniger Kapitalhalter hin zur möglichst breiten Hebung des Lebensstandards für alle. Leistung soll sich für alle lohnen – nicht nur für Spitzenmanager, sondern auch für den kleinen Arbeiter oder Beamten, der seine Aufgaben und damit seinen Teil zur gesamten volkswirtschaftlichen Leistung motiviert erbringt. Hoffen wir gemeinsam, dass aus der Wahl eine entsprechend tatkräftige Regierung hervorgeht – zum Wohle des Volkes.

Und was Eure Wahlentscheidung evtl. leichter machen könnte, das sind die Aussagen der Parteien zur Sicherheitspolitik; deshalb lohnt sich noch mal ein Blick in das September-Heft der „Deutsche Polizei“ und auf die Übersicht in dieser Green News auf Seite 3. Eure GdP hat die Wahlprogramme der Parteien dazu entsprechend ausgewertet. Nun hoffen wir gemeinsam auf eine Regierung, die die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes nicht als Sparschwein sondern als wertvolles Potential zur Bewältigung der Zukunftsaufgaben behandelt.

In diesem Sinne grüßt Euch

Peter Schall
Stv. Landesvorsitzender

**Kandidaten-Check
des DGB unter:**
www.namentliche-abstimmung.de



DGB-Spitzen bei Bundeskanzlerin Merkel und Kanzlerkandidat Steinmeier:

Berlin - (gdp) Unter dem Eindruck der Finanz- und Wirtschaftskrise trafen sich Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Michael Sommer sowie die Vorsitzenden der DGB-Einzelgewerkschaften am 28. August 2009 zu einem mittäglichen Meinungsaustausch im Bundeskanzleramt. Die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise, so räumte die Kanzlerin



ein, seien noch lange nicht überwunden. Die öffentliche Wahrnehmung der Situation entspreche nicht der Realität. Trotz aller erfreulichen Meldungen werde es in diesem Jahr ein Schrumpfen der Wirtschaft um 5 bis 6 Prozent geben. Die von GdP-Chef Konrad Freiberg vorgetragene Sorge, dass es ob dieser Lage zu weiteren Sparmaßnahmen bei den öffentlichen Haushalten kommen könne, versuchte die Kanzlerin zu zerstreuen. Der zu erwartende langsame Aufschwung, so Merkel, dürfe nicht durch Sparen gefährdet werden. Hinsichtlich möglicher neuer Regierungskoalitionen nach der Bundestagswahl warnten die Gewerkschafter vor dem Abbau von Arbeitnehmerrechten.

Bundeskanzlerin Merkel dankte in ihrem Eröffnungsstatement den Gewerkschaften. Sie seien ein wesentlicher Teil der Erfolgsgeschichte des Konjunkturprogramms der Regierung. Die tägliche Arbeit mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und auch die tägliche Arbeit der Betriebsräte hätten wesentlich dazu beigetragen, dass die Instrumente des Konjunkturpakets angenommen wurden. Insbesondere die Kurzarbeit, die natürlich für viele Unternehmen ein ganz wesentlicher Punkt seien, aber auch das Infrastrukturprogramm sowie die Stützungsmaßnahmen in der Automobilindustrie nannte die Kanzlerin.

Berlin - (gdp) Im Gespräch mit dem Kanzlerkandidaten der SPD, Frank-Walter Steinmeier, wies der stellv. Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Bernhard Witthaut, auf die verschärfte Personalsituation bei der Polizei hin. So seien seit 2000 fast 10.000 Stellen im Polizeivollzug weggefallen. In den öffentlichen Haushalten, so Witthaut, dürfe auch vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise nicht weiter gespart werden. Außenminister und Vizekanzler Steinmeier hatte den DGB-Vorsitzenden Michael Sommer und die Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften zu einem Gespräch eingeladen.






Angesichts der jüngsten Arbeitsmarktzahlen und Wirtschaftsprognosen zeigte sich SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier jedoch optimistisch: „Ich bin froh über die Aufhellung am Konjunkturm Himmel. Doch Deutschland ist noch nicht über den Berg. Die Belastungen werden anhalten.“



Die Gewerkschaftsvertreter mahnten vor allem mehr Engagement bei der Schaffung von Ausbildungsplätzen an. DGB-Chef Sommer kritisierte, dass bei weitem noch nicht genug Ausbildungsstellen angeboten würden. Viele Lehrlinge sähen zudem einer ungewissen Zukunft entgegen, da ihre Übernahme in den Betrieben nicht gewährleistet sei. Bekräftigt wurden weiterhin die Forderungen nach einer Verlängerung der zum Ende des Jahres auslaufenden Regelung zur Altersteilzeit. Wie Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel lobte auch ihr Herausforderer Frank-Walter Steinmeier die besonnene Haltung der Gewerkschaften während der Finanz- und Wirtschaftskrise. Die Zusammenarbeit von Gewerkschaften und Arbeitgebern und die Mitbestimmung funktionierten, die Tarifparteien hätten viel Verantwortung gezeigt.



Wahlauswertung der Regierungsprogramme der Parteien zur Inneren Sicherheit:

					
Innere Sicherheit					
Kernaussage	„Freiheit und Sicherheit schließen einander nicht aus, sondern bedingen einander. (...) Recht und Ordnung durchsetzen und die Freiheit der Bürger schützen – diese Ziele bringt eine bürgerliche Politik in ein vernünftiges Gleichgewicht.“	„Sicherheit ist ein öffentliches Gut. (...) Sicherheit darf keine Ware werden“	„Wir GRÜNE verteidigen den freiheitlichen Rechtsstaat. Damit gehen wir in Fragen der Sicherheit den einzig erfolgversprechenden Weg.“	„Es ist Aufgabe des Staates, die Würde eines jeden einzelnen vor An- und Übergriffen anderer zu schützen, ohne selbst Würde und Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger zu verletzen.“	„Freiheit und Sicherheit müssen sorgsam ausbalanciert werden. Das gelingt nur über eine intelligente Innenpolitik, die auf Verhältnismäßigkeit achtet.“
Polizei/ Eingriffsbefugnisse u.ä.	<ul style="list-style-type: none"> -personell, organisatorisch und technisch handlungsfähige Polizei, Einsatz des Bundes für zeitgemäßen Technologiestandard -Gewinnung von Menschen mit Migrationshintergrund für Polizei -Polizisten als Zielscheibe von Gewalt verdienen Schutz: Strafanspruch des Staates konsequent zur Geltung zu bringen -keine Deeskalationsstrategie gegen gewaltbereite Chaoten, die Gesundheit von Polizeibeamten aufs Spiel setzt -Weiterentwicklung von EUROPOL als Kompetenzzentrum für Information und koordinierende Unterstützung -Ausbau der internationalen Zusammenarbeit gegen Internet-Kriminalität; stärkere Bündelung der Aktivitäten sowie personelle und technische Verstärkung bei BKA und BSI -Verbesserung der Identifizierung von Kriminellen durch den „genetischen Fingerabdruck“ -Einrichtung einer nationalen Visa-Einlader- und Warndatei 	<ul style="list-style-type: none"> -Erhöhung des Sicherheitsgefühls der Menschen durch präsenzte Polizei -Überwachung öffentlicher Kriminalitätsschwerpunkte per Video kein Ersatz für Polizeiarbeit -Schaffung spezialisierter Staatsanwaltschaften für Wirtschaftskriminalität und Steuerhinterziehung; bessere personelle und sachliche Ausstattung 	<ul style="list-style-type: none"> -Schaffung einer unabhängigen Institution, die Polizeieinsätze nachbereitet und Polizeistراتيجien nachhaltig evaluiert -Erkennbarkeit von Polizistinnen und Polizisten an Dienstnummern -höhere Anforderungen für den polizeilichen Einsatz von Filmkameras gegen Demonstranten -Neufassung des BKA-Gesetzes -Ablehnung von Videoüberwachung in Wohnungen, unverhältnismäßiger Vorratsdatenspeicherung, Online-Durchsuchung -Notwendigkeit einer überwachungsfreien Kommunikation mit Ärzten, Rechtsanwälten, Journalisten 	<ul style="list-style-type: none"> -individuelle Kennzeichnungspflicht für uniformierte Beamtinnen und Beamte der Bundespolizei -Abbau verdeckter Ermittlungsmethoden wie Video-, Späh- und Lauschangriffe sowie Rasterfahndung Beendigung der Vorratsdatenspeicherung -Verzicht auf Online-Durchsuchungen und Zensurmaßnahmen im Internet 	<ul style="list-style-type: none"> -kein Umbaus des BKA zu einem deutschen FBI -Informationsaustausch innerhalb der föderalen Sicherheitsarchitektur über Index- statt über Volltextdateien unter parlamentarischer Aufsicht -Schaffung einer zivilen nationalen Küstenwache -Überprüfung, inwieweit Aufgabe von Zollfahndungsdienst und Zollkriminalamt von anderen Sicherheitsbehörden übernommen werden können -Abschaffung des „Großen Lauschangriffs“, der (anlass- und verdachtsunabhängigen) Vorratsdatenspeicherung -Verzicht auf heimliche Online-Durchsuchungen privater Computer -Speicherung von DNS-Mustern nur bei Straftaten von erheblicher Bedeutung; molekulargenetische Untersuchung nur unter Richtervorbehalt -Prüfung der Übertragung von Fluggastkontrollen an die Länder
Kriminalitätsbekämpfung	<ul style="list-style-type: none"> -Vorbeugung gegen Verwahrlosung, Gewalt und Kriminalität durch präventive Stadtgestaltung und Sozialmanagement, bessere Beleuchtung, verstärkten Einsatz von Videokameras an Brennpunkten -Einführung eines neues Ausweisungsstatbestandes für massiv integrationsfeindliches Verhalten -Vereinfachung des Ausweisungsrechtes (kriminelle Ausländer/Terrorismusverdächtige) -Schließen der Lücken bei der Sicherungsverwahrung 	<ul style="list-style-type: none"> -keine Privatisierung staatlicher Sicherheitsaufgaben -regelmäßige Überprüfung der Gesetze, die im Kampf gegen den Terrorismus mit Grundrechtseingriffen verbunden sind, auf Verhältnismäßigkeit und Erforderlichkeit -Erhöhung des Fahndungs- und Prüfungsdrucks auf Umsatzsteuerbetrüger -Register für Korruptionsfälle und andere Erscheinungsformen der Wirtschaftskriminalität -Erhöhung der Anforderungen und der Kontrolle des privaten Waffenbesitzes 	<ul style="list-style-type: none"> -entschiedene Bekämpfung von Steuerflucht und Steuerhinterziehung -mehr Personal für Betriebsprüfung, Steuerfahndung und Justiz -keine Kronzeugenregelung -Intensivierung der Verfolgung von Straftaten im Internet -Absage an Einführung von Intersperillen und Aufbau einer umfassenden Sperrinfrastruktur -keine Schusswaffen in Privatwohnungen -Sicherungsverwahrung auf allerschwerste Fälle einengen 	<ul style="list-style-type: none"> Abschaffung des politischen Sonderstrafrechtes (§ §129a ,b) 	<ul style="list-style-type: none"> -kein Entkriminalisierung sog. Bagatelldelikte -Evaluierung der seit 1998 beschlossenen Überwachungsgesetze -effiziente Bekämpfung des Umsatzsteuerbetruges -Garantie eines Beweiserhebungs- und – verwertungsverbot für Anwälte, Geistliche, Abgeordnete, Journalisten, Ärzte, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer -Harmonisierung der Anordnungsvoraussetzungen für Sicherungsverwahrung
Gewalt gegen Frauen und Kinder	<ul style="list-style-type: none"> -Einführung eines eigenständigen Straftatbestandes für Zwangsheirat -Strafbarkeit der sexuellen Ausbeutung von Opfern von Menschenhandel und Zwangsprostitution 	<ul style="list-style-type: none"> -Fortentwicklung des nationalen Aktionsplanes zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen -konsequente Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes -Bekämpfung von Gewalt gegen Kinder und Kinderpornographie mit den Mitteln des Strafrechtes 	<ul style="list-style-type: none"> -Finanzierung von Frauenhäusern als staatliche Pflichtaufgabe 	<ul style="list-style-type: none"> -Weiterentwicklung des Gewaltschutzgesetzes; Verankerung einer Informationspflicht des Zivilgerichtes gegenüber Polizei und Staatsanwaltschaft bei häuslicher Gewalt -bundeseinheitliche, bedarfsgerechte Finanzierung von Frauenhäusern 	
Kinder- und Jugendkriminalität	<ul style="list-style-type: none"> -differenzierte Sanktionen im Jugendstrafrecht -Einführung eines „Warnarrestes“ -Anwendung des Erwachsenenstrafrechtes bei Tätern zwischen 18 und 21 -Fahrverbot oder Verbot des Führerscheinerwerbs als Sanktion im Jugendstrafrecht -Verstärkung der Angebote, die im Vorfeld Gewalt- und Kriminalitätskarrieren sowie Extremismus verhindern 		<ul style="list-style-type: none"> -Ausbau der Möglichkeiten des Jugendstrafrechtes 		<ul style="list-style-type: none"> -Einführung eines Warnschussarrestes
Opfer	<ul style="list-style-type: none"> -Opferschutz vor Täterschutz 		<ul style="list-style-type: none"> Stärkung der Opfer zur besseren Bekämpfung des Frauenhandels und der Zwangsprostitution durch Zeugenschutz und Bleiberecht 	<ul style="list-style-type: none"> Stärkung der Aufenthalts- und sozialen Rechte von Opfern des Menschenhandels 	<ul style="list-style-type: none"> Schließung der Lücken im Opferentschädigungsgesetz, insbesondere hinsichtlich ihrer Beratung und psychologischen Betreuung



Nach den Vorfällen von Solln und Ansbach Diskussion über zunehmende Gewalt in der Gesellschaft

Politische Forderungen weisen in die falsche Richtung

München - (gdp) „Nichts aber auch gar nichts hat die Politik aus den Vorfällen in den U- und S-Bahnen in der Vergangenheit gelernt“, so der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Bayern, Harald Schneider. Um von der eigenen Untätigkeit in der Vergangenheit abzulenken ist es sicherlich am Einfachsten, reflexartig nach schärferen Strafen zu rufen, anstatt zu handeln. Erfahrungen aus Ländern mit härteren Strafraumen belegen eindeutig, dass eine Strafverschärfung kein Erfolg bringt. Dabei ist es leider absehbar, wann der nächste Mensch zu Schaden kommen wird – egal ob in Hamburg, Frankfurt oder München. Harald Schneider fordert

stattdessen eine ganze Reihe von dringend notwendigen sozialpolitischen Maßnahmen:

- Familien stärken und Perspektiven für Kinder und Jugendliche schaffen
- Präventionsarbeit in den Schulen stärken (Einstellung von mehr Sozialarbeitern)
- Verbesserungen der Betreuung von auffällig gewordenen Jugendlichen in ihren Familien und in der Schule
- Ein neue Wertevermittlung in der Gesellschaft

Erst in zweiter Linie ist dann über mehr Überwachung durch Sicherheitsdienste und Kameras an allen Ecken und Enden

nachzudenken. Bedingt durch falsche Personalpolitik der letzten Jahre hat Bayerns Polizei in den nächsten Jahren gar nicht die personellen Kapazitäten, um mehr Sicherheit zu garantieren. Im Gegenteil – die Personaldecke wird immer dünner.

Die Polizei ist nicht mit noch so vielen Polizisten oder flächendeckend eingesetzten Überwachungskameras in der Lage, an jedem Bahnhof der Republik dieses gesellschaftliche Problem zu lösen. Hier gilt nach Meinung von Harald Schneider tatsächlich die bekannte Losung: „Eine gute Sozialpolitik ist immer noch die beste Kriminalpolitik.“

Freiberg: Schule sollte kein Hochsicherheitstrakt sein

Berlin - (gdp) Ein Bündel von Maßnahmen fordert die Gewerkschaft der Polizei (GdP) für einen besseren Schutz der Schülerinnen und Schüler vor Gewalttaten und Unglücksfällen an deutschen Schulen. GdP-Vorsitzender Konrad Freiberg: „Alle Schulleiter und Lehrerkollegien sollten sich jederzeit bewusst sein, dass solche schrecklichen Ereignisse auch an ihrer Schule passieren

Freiberg fordert zudem eine bessere präventive Arbeit in den Schulen. Oftmals sei es Experten möglich, die Entwicklung eines Kindes oder eines Jugendlichen zu einem Gewalttäter oder gar zu einem Mörder zu erkennen und durch rechtzeitige

psychologische Einflussnahme zu stoppen. Der GdP-Vorsitzende: „Schulpsychologen gehören in jede Schule.“ Auch technische Sicherungen, wie Notruf- und Durchsagesysteme, seien zwingend erforderlich.

Ein großes Lob, so der GdP-Vorsitzende, verdienen die Polizeikräfte, die in Ansbach in kürzester Zeit vor Ort waren und die Lage entschärft hätten. Freiberg: „Das ist kein Zufall, die Polizei hat sich intensiv mit Amoklagen beschäftigt und sie trainiert.“



könnten. Zwar gibt es keinen absoluten Schutz, dennoch können einzelne Maßnahmen helfen, sie müssen aber flächendeckend angewendet werden.“ Die Schule, so Freiberg, sollte dabei aber nicht zum Hochsicherheitstrakt werden. Für die Schulen erstellte Notfallpläne sollten, so der GdP-Vorsitzende, regelmäßig und intensiv erprobt werden. Freiberg: „Allen Schülern und Lehrern muss dabei klar sein, dass es sich bei diesen Übungen nicht um Juxveranstaltungen handelt, sondern das effektive Einhalten eines solchen Notfallplans Leben retten kann.“

Sozialwerk der GdP Bayern
GEWERKSCHAFT DER POLIZEI BAYERN

Exklusiver Vorzugstarif für GdP-Mitglieder

max. 10 Cent in alle Netze!

GdP Bayern Spar-Paket
inkl. 1 Handy nach Wahl!

ab monatl. **5,99€**

Vertrag ohne Handy
ab **3,99€** Monat

Vorteile für GdP-Mitglieder:

- ✓ kostenfreier Kunden-Service - keine kostenpflichtige Hotline
- ✓ günstige Verbindungsminuten auch in andere Netze (max. 10 Cent pro Minute)
- ✓ keine "versteckten" Kosten

Weitere Informationen auf Anfrage!
Informieren Sie sich jetzt kostenlos:
0800 8888 200 (kostenlose Hotline)
www.swbayern.de

Alle Tarife per TELECAT mobil gültig ab 17.12.2009. Alle Preise pro Minute inklusive der gesetzlichen MwSt. bei möglicher Abrechnung. Tarife für nicht genehmigte Länder/Dienstleistungen auf Anfrage. Keine Anschlussgebühr. Kein Mindestvertragslaufzeit. Mindestvertragslaufzeit 24 Monate, automatische Verlängerung um jeweils 24 Monate, wenn keine Kündigung vorliegt. 2. Die Tarife für Mobilfunk sind nur für die Nutzung in Deutschland gültig. 3. Die Tarife für Mobilfunk sind nur für die Nutzung in Deutschland gültig. 4. Die Tarife für Mobilfunk sind nur für die Nutzung in Deutschland gültig. 5. Die Tarife für Mobilfunk sind nur für die Nutzung in Deutschland gültig. 6. Die Tarife für Mobilfunk sind nur für die Nutzung in Deutschland gültig. 7. Die Tarife für Mobilfunk sind nur für die Nutzung in Deutschland gültig. 8. Die Tarife für Mobilfunk sind nur für die Nutzung in Deutschland gültig. 9. Die Tarife für Mobilfunk sind nur für die Nutzung in Deutschland gültig. 10. Die Tarife für Mobilfunk sind nur für die Nutzung in Deutschland gültig.